

Stromberg: VG-Rat muss um Fusion kämpfen

Politik Gremium tritt heute um 17.30 Uhr in Deutscher-Michel-Halle zusammen – Infos vom Mainzer Innenministerium

Von unserem Redakteur
Dominic Schreiner

■ **VG Stromberg.** Wenn heute um 17.30 Uhr der Rat der Verbandsgemeinde Stromberg zu seiner Sitzung zusammenkommt, wird die politische Debatte von einem großen Thema beherrscht werden. Denn die Landesregierung hat der Verbandsgemeinde in ihr Hausaufgabenbuch geschrieben, bis zum 1. Januar 2019 einen Partner für eine Fusion zu finden.

Doch der für eine mögliche Verwaltungsehe von der Stromberger VG-Bürgermeisterin Anke Denker (SPD) auserkorene Wunschpartner, die VG Langenlonsheim, will nicht, was die Hochzeitsplanung ungleich schwieriger gestaltet. Auf einen ersten Vorstoß in diese Richtung von Denker hatte Langenlonsheims VG-Chef Michael Cyfka (CDU) ein klares Nein und eine entsprechende Beschlussvorlage für sein Gremium

in den Raum gestellt. In seiner Sitzung vom 26. Oktober gab es dann für Letztere eine breite Zustimmung vom VG-Rat. Nun droht also eventuell eine Zwangsfusion.

Denker: Langenlonsheim hat sich zu früh festgelegt

Für Denker, die als Gast an der Sitzung in Langenlonsheim teilgenommen hatte, war der Abend – obwohl dessen Ausgang fast schon vorauszusehen war – eine Enttäuschung. „Ich hätte mir vom Langenlonsheimer Rat mehr Offenheit gewünscht“, sagt Denker. Dennoch äußert sie auch Verständnis für das Votum. „Ich konnte die Entscheidung dort einerseits nachempfinden“, erläutert sie. Und schiebt hinterher: „Andererseits kann ich sie nicht verstehen. Man hätte auch sagen können: Wir haben keinen Fusionsbedarf. Aber wenn das Land das so entscheidet, gehen wir offen in Gespräche mit Stromberg rein.“

Ihrer Meinung nach habe man sich in Langenlonsheim früh, zu früh festgelegt, ohne wirklich alle Fakten und Parameter einer solchen VG-Fusion mit ihrer Verbandsgemeinde ausreichend beleuchtet zu haben. Denn auch in ihrer eigenen VG gibt es zum Thema einen großen Informationsbedarf. Deswegen wird bei der heutigen Ratssitzung auch Besuch aus dem Mainzer Innenministerium erwartet, der die Lokalpolitiker zunächst einmal mit den Fakten zu und den Folgen einer Fusion vertraut machen will.

Bislang habe die VG-Fusion erst einmal auf der Tagesordnung für die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ihrer VG – allerdings bereits am 15. Juli – gestanden. Zudem habe es Gespräche zu diesem Thema im Stromberger Ältestenrat gegeben – mit dem Ergebnis, dass man im Gegensatz zu den Kollegen aus Langenlonsheim eben keine Beschlussvorlage zum

Thema Fusion für den VG-Rat ausgearbeitet habe.

Ende Oktober war CDU-Landeschefin Julia Klöckner mit einem Vorschlag, man möge doch die Planungen für die Fusion bis 2019 aufschieben, an die Öffentlichkeit getreten. Denn bis dahin wird auch das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten zu möglichen Veränderungen der Kreisgrenzen in Rheinland-Pfalz, das für Mitte 2018 erwartet wird, bereits vorliegen. Der aktuelle Vorstoß aus Stromberg sei eine Farce.

CDU: Denker läutet ständig das Totenglöckchen

Doch Mainz hat Stromberg einen klaren Fahrplan vorgegeben, bis zum 1. Januar 2019 soll die Fusion bereits stehen. „Ich befürchte, dass eine mögliche Veränderung der Kreisgrenzen für uns keine Rolle mehr spielen wird“, sagt Denker. Der SPD-Kreisverband hatte auf

Klöckners Vorschlag nach seiner Tagung am 11. November gar noch um einiges schärfer reagiert.

Auch dieses Gremium hatte darauf verwiesen, dass es sinnvoll sei, zunächst doch erst einmal alle Fakten zu einer möglichen Fusion zusammenzutragen. Klöckner habe aber rein parteipolitisch motivierte Überlegungen angestellt. „Manchmal ist es klüger, einfach zu schweigen“, ließ man verlauten.

In seiner Mitgliederversammlung am 14. November hingegen hat der Stromberger CDU-Gemeindeverband die Eigenständigkeit der Verbandsgemeinde Stromberg betont. Denker solle „nicht nur auf ihren vorzeitigen Ruhestand schielen und ständig das Totenglöckchen der VG-Zwangsfusion läuten“, teilte der Vorsitzende Jens Heinrichs mit. Ihr Verhalten sei Beleg für „eine Mischung aus Eigennutz, Überforderung und SPD-Li-nientreue“, heißt es weiter.